

Databund

Ohne Standards geht es nicht voran

[17.08.2023] Der Databund hat seine Mitglieder zu fehlenden Standards in der Verwaltungsdigitalisierung befragt. Aus den Ergebnissen hat er eine Top-Ten-Liste mit den drängendsten Maßnahmen erarbeitet.

Databund, der Bundesverband der mittelständischen IT-Dienstleister und Software-Hersteller für den öffentlichen Sektor, hat seine Mitglieder zu fehlenden Standards in der Verwaltungsdigitalisierung befragt. Aus den Befragungsergebnissen hat er eine Top-Ten-Liste entwickelt. Sie zeigt laut Databund, wo aus Sicht der Software-Hersteller die meisten Schwierigkeiten liegen und wo folglich mit hoher Priorität angesetzt werden müsste, um die Verwaltungsdigitalisierung zu beschleunigen.

Auf dem ersten Platz der Liste landete die Postfachanbindung für das Bürgerkonto. Für das Einstellen von Inhalten in das Postfach des Bürgerkontos werde ein einheitlicher und verbindlicher Standard für Dateninhalte und Datentransport benötigt, so der Databund. Dieser Standard müsse verschiedene Zugangswege wie beispielsweise BundID, Elster und IDWallet unterstützen, eine Anbindung an die verschiedensten Fachverfahren müsse problemlos möglich sein.

Den zweiten Platz belegt ein DMS-Anbindungs-Standard (DokuFIS). Derzeit gebe es über 100 verschiedene proprietäre Schnittstellen der DMS-Anbieter – für eine schnellere Digitalisierung müsse dringend ein einheitlicher Standard für die Ablage von und den Zugriff auf Dokumente durch Fachverfahren geschaffen werden. Dies ließe sich schnell durch einen IT-Planungsrat-Beschluss erreichen.

Auf dem dritten Platz landet eine Standardanbindung für die Serviceportale der Länder. Dort würden derzeit ganz unterschiedliche Serviceportale für die Kommunen angeboten. Aus Sicht der Fachverfahrenshersteller und Antragsmanagement-Anbieter sei ein einheitlicher Standard notwendig, der regelt, wie Leistungen eingebunden werden, wie der Zugriff auf das Log-in-/Rechtemanagement erfolgt und wie auf Profildaten zugegriffen wird. Um diese Festlegungen zeitnah und gemeinsam treffen zu können, wäre laut Databund eine Arbeitsgruppe aus den Anbietern dieser Serviceportale und ausgewählten Fachverfahrensexperten, sowie kommunalen Vertretern hilfreich.

EfA-Roll-out wird ausgebremst

Für den Bedienkomfort aus Bürgersicht essenziell seien außerdem Statusinformationen, die über den Bearbeitungsstand des jeweiligen Anliegens informieren sowie integrierte Bezahlungsfunktionen. Auch hier fehlen laut Databund wichtige Standards. Eine Standard-Schnittstelle für Statusinformationen müsse über die Fachverfahren und Antragsmanagement-Systeme Statusinformationen ausliefern können. Daneben werde eine Festlegung benötigt, wohin diese Statusinformationen ausgeliefert werden sollen. Dass derzeit in Ländern und Kommunen unterschiedlichste Bezahlverfahren eingesetzt werden, erweise sich als Hindernis für den bundesweiten Roll-out von Online- und EfA-Diensten. Hier sei mit ePayBL bereits ein gemeinsamer Standard vorhanden – er werde aber in vielen Ländern und Kommunen nur modifiziert oder überhaupt nicht eingesetzt. Auch die Lizenzbedingungen verhinderten den Einsatz bei Kommunen, wenn diese keinem IT-Dienstleister angeschlossen seien.

In diesem Zusammenhang ist nach Ansicht der Databund-Mitglieder außerdem die so genannte HKR-Schnittstelle dringend zu standardisieren. Diese schlägt die Brücke zwischen E-Payment und kommunaler Buchhaltung – bisher herrsche auch hier noch eine Vielfalt proprietärer Lösungen.

Weitere dringende Standardisierungsvorhaben seien das einheitliche Adress-Objekt, eine einfache

Parametrisierung der EfA-Leistungen sowie ein Register der bestehenden Standards sowie eine Standardisierung der Standards selbst. Zu all diesen Themen ist der Databund nach eigenen Angaben mit dem Bundesministerium des Innern (BMI) im Gespräch: „Eine entsprechende Diskussion soll im OZG-Umfeld stattfinden, um eine Umsetzung verschiedener Punkte in Gang zu bringen“, bekräftigt der Verband.

(sib)

Databund: Top-Ten der notwendigen Standards

Stichwörter: Panorama, Databund, BMI